



Arab Spring Light – der marokkanische Königsweg

ULRICH STORCK
September 2011

- Die marokkanische Variante des arabischen Frühlings hat weder Regime noch Herrscher gestürzt, sie hat im Gegensatz zu anderen Ländern der Region zu keinem Blutvergießen und kriegerischen Auseinandersetzungen geführt.
- Obwohl der Problemdruck nicht geringer ist als in anderen arabischen Ländern, haben die Marokkaner verhaltener agiert. Doch auch sie gingen in Massen für ihre Rechte auf die Straße und setzten die Monarchie unter Handlungsdruck.
- Der König selbst stellte sich als oberster Reformator dar und gab den Weg zu einem für ihn politisch leicht verkraftbaren und für das Land realistischen Wandel vor. Die Bevölkerung stand mehrheitlich hinter ihm, als er statt Revolution eine umfassende Verfassungsreform initiierte, welche ihr mehr Demokratie und Freiheit zuspricht.
- Bedächtiger Fortschritt statt anarchischem Aufstand: Marokko hat das Chaos vermieden und ist politisch einen beachtlichen Schritt weitergekommen auf seinem Weg in die Moderne – wenn auch noch lange nicht am Ziel. Eine von sozialen Ungerechtigkeiten frustrierte Jugend und mit ihr ein erhebliches Unruhepotential bleibt dem Land dennoch erhalten.

Die ersten Böen der »winds of change« der arabischen Welt erreichten Marokko im Februar, allerdings verloren sie bei der Überwindung des Atlas bereits an Kraft: erste Windstöße aus dem maghrebinischen Nachbarland Tunesien wurden zunächst lediglich mit Solidaritätskundgebungen aufgenommen. Im unvermeidlichen Abgleich mit ihrer eigenen Lage erwuchs unter den solidarischen Marokkanern jedoch schnell die Einsicht, dass die Situation im eigenen Land ähnlich alarmierend ist wie in den revolutionären Vorreiter-Ländern der Region: eine extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit, die insbesondere bei Akademikern mit fast 40 % noch erheblich über der Tunesiens (30 %) und Ägyptens (25 %) liegt. Das stetige Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre hat auch in Marokko nicht zu mehr Verteilungsgerechtigkeit beigetragen: die von der Bevölkerung gefühlte Ungerechtigkeit belegt ein Gini-Index von 39,5 – in etwa der gleiche Wert wie in Tunesien, aber hinter Ägypten (34,4).

Bereits die letzten beiden Jahre haben angesichts der Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise die sozio-ökonomische Fragilität weiter Teile der marokkanischen Bevölkerung noch deutlicher vor Augen geführt. Der Führung war längst klar, dass die Stabilität im Land sowie ihre Unterstützung in der Bevölkerung maßgeblich davon abhängen, soziale und wirtschaftliche Exklusion erfolgreich zu bekämpfen. Trotz achtbarer Bemühungen der Regierung verbessern sich die Kennzahlen zu menschlicher Entwicklung, sozialen Disparitäten, Beschäftigung, Bildung und sozialer Absicherung zu langsam, z.T. fielen sie sogar gegenüber vormaligen Standards zurück. Eine alarmierende Analphabetenrate von fast 50 % (Durchschnitt arabische Welt ca. 30 %) zeugt von stetigem bildungspolitischen Versagen.

Keiner der überraschten Beobachter der arabischen Aufstände kann behaupten, dass diese gravierenden Ungerechtigkeiten nicht bekannt gewesen wären. Dass die nur mit staatlicher Unterdrückung von ihren Herrscherclans gewaltsam auf Spur gehaltenen arabischen Züge langfristig gegen eine Wand führen, war Experten durchaus klar. Indes machen Internet, Al Jazeera und WikiLeaks skandalöse Details über den Saus und Braus ihrer Führer jedoch auch der breiten Bevölkerung zugänglich.

Vom virtuellen zum öffentlichen Protest

Soziale Netzwerke im Internet bieten auch der gegängelten arabischen Jugend einen unzensierten demo-

kratischen Raum, in dem anonym und weitestgehend ungestört von staatlicher Überwachung Informationen und Meinungen ausgetauscht werden können und in dem sich politische Willensbildung ohne Einschränkung entfalten kann, auch wenn in der realen Welt Politikverdrossenheit vorherrscht. Die Internet-Community Marokkos hat eine beachtliche Größe: fast ein Drittel der Bevölkerung (ca. 10 von 32 Mio.) verfügt über Internet, über 3 Mio. davon nutzen regelmäßig *facebook*. Die Nutzergruppen sind jung, gut ausgebildet und ausgewogen unter den Geschlechtern. Hier tauchen Anfang Februar die ersten Protestaufrufe gegen die Zustände im eigenen Land auf. Zählen die ersten Gruppen anfangs nur wenige Tausend Anhänger, treibt der zunehmende Bekanntheitsgrad der oppositionellen Internet-Bewegung die Nutzerzahlen schnell in die Höhe: im Frühjahr verzeichnete die *facebook*-Community in Marokko Zuwachsraten von bis zu 200.000 pro Monat.

Die Netzwerke im Internet erlauben es den Jugendlichen, in nahezu völliger Freiheit bestehende Tabus zu brechen und die Führung des Landes ungestraft anzuklagen. Gleichzeitig macht der virtuelle Raum jegliche Organisations- und Führungsstruktur unnötig – eine Eigenschaft der Netzwerke, die sich erst beim Übertritt von einer virtuellen in eine reale Protestbewegung als Handicap erweist. Der 20. Februar wird von den Internet-Netzwerkern als Datum gewählt, um mit Massenprotesten erstmals im öffentlichen Raum sichtbar zu werden – die »Bewegung des 20. Februar« ist gegründet.

Von Beginn an ist die Heterogenität ihrer Forderungen charakteristisch für den losen Verbund von Jugendlichen. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Protesten in den arabischen Ländern fehlt ihnen ein gemeinsames Ziel (Absetzung eines Diktators): die Demonstranten fordern von der Anerkennung ihrer Bewegung über politische Reformen (Demokratie, Parlamentarismus, Regierungswechsel), soziale Verbesserungen (Jobs, Ausbildung, Lohnerhöhung, Sozialleistungen), Gerechtigkeit und Transparenz (Korruptionsbekämpfung, unabhängige Justiz, Freilassung politischer Gefangener, Menschenrechte), das Abdanken bestimmter politischer Führer bis hin zu spezifischen kommunalen Anliegen eine unübersichtliche Bandbreite von Veränderungen. So heterogen wie die Slogans der Demonstrationen sind die Demonstranten selbst: unter die städtische Jugend mischen sich verschleierte Mütter islamistischer Gefangener, Vertreter der Rechte der Berber-Bevölkerung, aber auch die eta-

blierten Akteure der Zivilgesellschaft. Parteien, Gewerkschaften und Verbände argwöhnen anfangs mit dieser mutigen, für das Land neuen Protestbewegung und schließen sich zunächst nur zaghaft an.

Nachdem allerdings schnell deutlich wird, dass die Demonstrationen vom Regime geduldet werden, die Sicherheitskräfte extreme Zurückhaltung üben und die Protestzüge auch durch Gewaltlosigkeit und Disziplin Anerkennung gewinnen, bildet sich eine Sympathisanten-Gruppe heraus, welche fortan die Bewegung politisch und logistisch unterstützt. Das Fehlen einer Führung soll sich über die Folgemonate als ein Geburtsfehler der Bewegung herausstellen, der sie anfällig für die Infiltration radikalerer Interessengruppen macht.

Die Monarchie steht stabil

Der arabische Flächenbrand zum Jahresbeginn hat sicherlich auch die marokkanische Monarchie alarmiert. Die vergleichbare sozio-ökonomische Lage einer jungen, perspektivenlosen Bevölkerung legt die Furcht vor einem Domino-Effekt nahe. Trotzdem unterscheidet sich das Herrschaftssystem Marokkos doch erheblich von dem Tunesiens, Ägyptens oder Libyens: haben die Despoten in diesen Ländern sämtliche Machtinstrumente in ihren eigenen Händen – oder ihrer Clans – gehalten, politische und zivilgesellschaftliche Organisationen systematisch unterdrückt und im habgierigen Eigennutz ihre Legitimität in der Bevölkerung verspielt, zeichnet sich die marokkanische Monarchie – und auch die Jordaniens – durch eine größere Distanz aus. Durch das Zulassen von Parteien, Wahlen, Parlamenten, Gewerkschaften mit verbrieften Rechten, aber auch einer vitalen Zivilgesellschaft mit erheblichem politischem Aktionsraum existiert eine intermediäre »Pufferzone« zwischen Monarchie und Volk. Seit über einem Jahrzehnt bietet ein politischer Raum mit Meinungsvielfalt eine Vielzahl von Mechanismen zu Interessenausgleich und Problemlösung, ohne dass der König in die Schusslinie gerät.

Diesem ist es gelungen, als eine Instanz oberhalb dieser Sphäre angesehen zu werden. In der Bevölkerung beliebt, wird weniger er, sondern vielmehr die ungeliebte politische Klasse für die Missstände im Land verantwortlich gemacht. Die Marokkaner sehen in der Monarchie mehrheitlich den Garanten für ihre nationale Integrität (Bedrohung im Westsahara-Konflikt) und den Zusammenhalt

des multiethnischen Landes. Angesichts von Terrorgefahr, einer ernstzunehmenden islamistischen Bewegung und einer kulturell wie zivilisatorisch – zwischen Moderne und Tradition – immer wieder auf die Zerreißeprobe gestellten Gesellschaft herrscht auch unter fortschrittlichen Politikern weitgehender Konsens darüber, dass eine stabile Monarchie zur Absicherung eines angemessen, bedächtigen Fortschritts noch immer unverzichtbar sei.

Es ist daher nicht überraschend, dass die Protestbewegung – von radikalen Ausreißern abgesehen – zu keinem Zeitpunkt zum Königssturz aufruft, sondern stets zu Reformen, die das Regierungssystem und damit die intermediäre »Pufferzone« des gesellschaftspolitischen Systems betreffen. Gefordert wird ein Rückzug der Monarchie aus dem direkten Regierungsgeschäft auf eben diese Rolle eines übergeordneten Mediators und Wächters über die langfristigen Geschicke des Landes: der König solle »nicht regieren, sondern herrschen«.

Trotzdem hat die Protestbewegung des »20. Februar« die Monarchie unter Handlungsdruck gesetzt. Insbesondere von dem Hintergrund der kaum absehbaren Umsturz-Dynamiken der Nachbarländer erscheint die Protestbewegung Marokkos zunächst unberechenbar: wie hoch kann sich die Unzufriedenheit der noch schweigenden Masse aufschaukeln? Welchen Anteil an der Bevölkerung repräsentiert die Protestbewegung? Wer wird sich anschließen – mit welchen Interessengruppen gelingt ein Schulterschluss? Eskaliert die Gewalt durch Provokationen der Sicherheitskräfte?

Die Verfassungsreform: innovativ hinsichtlich Inhalt und Prozess

Bei der Reaktion des Königshauses gilt es mehrere Dimensionen abzuwägen: natürlich muss ein Aufschaukeln der Protestbewegung vermieden werden, dazu müssen möglichst viele beteiligte Interessengruppen bedient werden. Die internationalen Beobachter und Partner – eine für das außenabhängige Land zentrale Erwägung – müssen den einzuschlagenden Weg positiv beurteilen. Und letztlich muss Macht und Stellung der Monarchie sichergestellt bleiben.

Angesichts der zwei zentralen Postulaten der Proteste – sozio-ökonomische Verbesserungen (Lebenssituation, Jobs, Absicherung, Einkommen) einerseits und politische

Freiheiten/Reform des Regierungssystems andererseits ist augenscheinlich, an welcher Stellschraube überhaupt zu drehen ist: eine spürbare Verbesserung der Lebenssituation kann zumindest kurzfristig nicht seriös zugesichert werden. Ein politischer Reformprozess ist damit nicht nur der einzig gangbare Weg, sondern gleichzeitig eine sinnvolle Schnittmenge aus allen drei zu berücksichtigenden Dimensionen: die Forderungen weiter Teile der Protestbewegung nach politischen und zivilen Freiheitsrechten kann beantwortet werden, die ausländische Meinung würde den Mut zu Reformen loben, und letztlich bedeutet er für die Monarchie einen strategischen Schritt zur Absicherung ihrer Macht. Mehr Rechte für die politische Klasse und die Zivilgesellschaft bedeuten gleichzeitig deren Übernahm von mehr Verantwortung auch für negative Entwicklungen: eine Stärkung der intermediären »Pufferzone« schützt die Monarchie vor Zornbürgern und erlaubt ihr den Rückzug auf die sicherlich komfortablere Mediatoren-Rolle.

Die »historische« Rede des Königs am 9. März – nur gut 2 Wochen nach den ersten Massenkundgebungen – kündigt folgerichtig genau diese Marschroute an. Sie enthält eine Fülle positiver Signale sowohl zu den Inhalten einer umfassenden Verfassungsreform als auch zu dem Reformprozess. *Inhaltlich* geht sie auf eine Vielzahl von Forderungen ein, die nicht nur die aktuelle Protestbewegung, sondern seit langem die Demokratie- und Menschenrechtsaktivisten des Landes stellten: Stärkung der demokratisch gewählten Institutionen (Parlament und Regierung), Gewaltenteilung und Unabhängigkeit der Justiz, Transparenz und Rechenschaftslegung in der Politik, Konstitutionalisierung der Menschenrechte inklusive Petitionsmechanismen, weitergehende Dezentralisierung. Dazu werden spezifische Zielgruppen bedient: die Berber-Bevölkerung (Anerkennung als offizielle Sprache), die Jugend (Gründung eines Rates der Jugend), die Frauen (Gleichberechtigung in der Verfassung verankert).

Gleichzeitig wird eine partizipative Gestaltung des Reformprozesses angekündigt: erstmalig in der Geschichte soll eine marokkanische Verfassung von den Marokkanern selbst gestaltet und nicht vom Herrscherhaus oktroyiert werden. Mit einem erstaunlich kurzen Zeithorizont von 2 ½ Monaten soll eine dazu gegründete Kommission – neben Verfassungsrechtlern auch mit Vertretern der Zivilgesellschaft wie Menschenrechtsaktivisten durchaus glaubwürdig besetzt – Reformvorschläge

entlang den in der Königsrede skizzierten Achsen ausarbeiten. Gleichzeitig laden die angekündigten Prozeduren zur Mitgestaltung ein: Konsultationen mit Parteien, Gewerkschaften, der Zivilgesellschaft und insbesondere Vertretern der Jugend; eine parallele »politische Kommission« – besetzt mit Vorsitzenden von Parteien und Gewerkschaften – als begleitender politischer Dialogmechanismus um die Reform; eine Internetseite, auf der jedermann die Verfassung kommentieren kann. Am Ende soll das Volk in einem Referendum über den Reformvorschlag abstimmen. Mit dieser partizipativen Prozessgestaltung kann das Königshaus nur gewinnen: einerseits sorgt sie für größtmögliche Glaubwürdigkeit und öffentliches Vertrauen, andererseits ist das politische Wagnis gering: man konnte ohnehin davon ausgehen, dass eine vom Monarchen vorgelegte Reform in der königstreuen Bevölkerungsmehrheit breite Zustimmung fände.

Zusätzlich flankiert das Regime den Reformprozess mit vertrauensbildenden Einzelmaßnahmen zur Bedienung spezifischer Interessengruppen:

- Die Gründung eines mit Exekutivbefugnissen ausgestatteten nationalen Menschenrechtsrats
- Eine erhebliche Ausweitung der Kompetenzen der Instanz zur Korruptionsprävention
- Die Begnadigung von fast 200 politischen Gefangenen – vornehmlich radikal-islamistische »Staatsfeinde«
- Die Übernahme von 4.000 arbeitslosen Hochschulabsolventen in den Staatsdienst
- Eine signifikante Lockerung der Zensur der Medien, was eine wahrhaft pluralistische öffentliche Debatte auch über ehemals tabuisierte Themen ermöglicht und v. a. der Jugend neue Artikulationsmöglichkeiten eröffnet.

Die Verfassungsdebatte spaltet Reformisten und Opponenten

Der angestoßene Reformprozess löst eine in Marokko nie gekannte Politisierung der Öffentlichkeit aus: die Zukunft des Landes wird nicht nur in Regierung und Parlament, sondern auch in den Familien und allen Straßencafés diskutiert. Im Zeitverlauf spalten sich die politischen Aktivisten in zwei zentrale Lager:

Die überwiegende *Mehrheit* der Politiker, Gewerkschafter und zivilgesellschaftlichen Vertreter begrüßt die Reformagenda, greift sie doch ihre langjährigen Forderungen in unerwartetem Umfang auf und geht sogar noch darüber hinaus. Sie beteiligen sich aktiv an der Reformdebatte und nutzen die geschaffenen Konsultations- und Petitionsmechanismen: über 100 Einzelorganisationen melden sich zur Anhörung in der Verfassungskommission. Parallel zur Arbeit der offiziellen Kommission entfaltet sich ein intensiver nationaler Diskussionsprozess insbesondere unter den zahlreichen Jugendbewegungen, aus diesem Prozess entstehen über 180 Reformvorschläge, die bei der Verfassungskommission eingereicht werden.

Die opponierende *Minderheit* sammelt sich in der »Bewegung des 20. Februar«, die sich zunehmend radikalisiert und in ihrer Zusammensetzung verändert. Sie lehnt jeglichen vom König vorgegebenen Reformkurs als ungenügend ab, erhält den Druck der Straße aufrecht und organisiert wöchentlich Protestaktionen sowie monatlich Großkundgebungen. Zweifel herrschen zunehmend über ihre Zielsetzung, die – über ihre Ablehnung der offiziellen Agenda hinaus – diffus bleibt. Der Konsens über einen konstruktiven Alternativvorschlag fällt schwer, das Spektrum der Appelle reicht von Revolution und Volksaufstand über eine verfassungsgebende Versammlung bis zur Einführung eines republikanischen Systems. Zweifel herrschen zunehmend auch über die Protagonisten dieser Bewegung: der Geburtsfehler einer im Internet gegründeten Jugendbewegung ohne Führungs- und Organisationsstruktur machte sie zunehmend anfällig für den Einfluss anderer Interessengruppen. Bereits frühzeitig beteiligten sich einerseits Gruppierungen der traditionell radikalen Linken, andererseits die radikal-islamistische Bewegung an den Jugendprotesten. Während die Linken ihr revolutionäres Gedankengut in die Bewegung einzuspeisen versuchen, ergreifen die seit den Terrorattacken in Casablanca 2003 vom politischen Leben ausgeschlossenen radikalen Islamisten ihre Chance zum Comeback. Anfangs eher im Hintergrund und als Mitläufer operierend, treten ihre weltanschaulichen Vorstellungen in den Slogans der Bewegung zunehmend in den Vordergrund. Schließlich sind es v.a. sie, die mit ihrer gut organisierten Anhängerschaft den wenig organisierten Jugendlichen zur stetigen Mobilisierung von Demonstranten verhelfen. Sie sorgen dafür, dass die Kundgebungen zunehmend in die so-

zialen Brennpunkte der Städte verlegt werden, wo sie gemeinhin ihre Gefolgsleute rekrutieren. Geeint wird diese opportunistische Allianz aus Linken und Islamisten v.a. durch ihr Ziel, die Legitimität der Monarchie – und damit direkt die Person des Königs – in Frage zu stellen. Die über den Zeitraum rückläufige Beteiligung an den regelmäßigen Demonstrationen belegt jedoch den mangenden Rückhalt für diese Ziele unter den Bürgern: der radikalisierten Minderheit ist es nicht gelungen, ein zustimmendes Echo in der Bevölkerung auszulösen. Stetig positives Echo erzielen die Proteste allerdings in den für arabische Revolutionsdynamiken sensibilisierten internationalen Medien, was ihre Sichtbarkeit auch im Inland erhöht. Hier allerdings sind die Islamisten schlau genug, den jugendlichen Gallionsfiguren der Bewegung den Vortritt zu lassen.

Gewalttätige Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften bei Kundgebungen und gar ein als Märtyrer darstellbares Todesopfer hätten den radikalen Anliegen durchaus makaber in die Hände spielen können: Blutvergießen hätte wie in Ägypten und Syrien sehr wohl die Legitimität des Regimes untergraben und evtl. auch in Marokko einen wahren Umsturz aufflammen lassen können. Nicht zuletzt der strikten Zurückhaltung des Sicherheitsapparats ist es zu verdanken, dass eine solche Rechnung nicht aufgeht und alle Kundgebungen – bis auf einzelne Ausnahmen – friedlich verlaufen. Ein einziges Todesopfer ist Ende Mai zu beklagen, unter ungeklärten Umständen in Folge eines Polizeieinsatzes bei einer Demonstration verstorben.

Verfassung und Referendum – die zentralen Neuerungen

Der von der Verfassungskommission redigierte Reformvorschlag wird Anfang Juni zunächst mit politischen Parteien und Gewerkschaften hinter verschlossenen Türen diskutiert. Das konsensuale Vorgehen macht gewisse Konzessionen an einige Interessengruppen – insbesondere die islamistische Partei und die Gewerkschaften – notwendig, welche die Fortschrittlichkeit der ersten Vorlage in einigen Punkten dämpft. So setzten die Islamisten unter Boykottandrohungen durch, dass der Islam wieder als Staatsreligion in die Verfassung aufgenommen und das Recht auf »Glaubensfreiheit« in »Meinungsfreiheit« herabgestuft wird. Auch der explizite Bann der Todesstrafe wird zurückgenommen.

Der am 17. Juni vom König vorgestellte Verfassungsentwurf enthält eine Vielzahl entscheidender Neuerungen, die zwar noch nicht modernen europäischen Vorstellungen entsprechen, verglichen mit den vormaligen marokkanischen Verfassungen jedoch einen beachtlichen Fortschritt bedeuten:

- Volkssouveränität, in der ein gewähltes Parlament die Regierung beruft
- Gewaltenteilung: alleinige legislative Gewalt beim Parlament, alleinige exekutive Gewalt bei der Regierung, unabhängige Justiz
- Charta zu Grundrechten und Freiheiten, die internationalen Konventionen entspricht
- Gleichstellung von Mann und Frau
- Prinzipien der Rechenschaftspflicht und strafrechtlichen Haftbarkeit von Politikern
- Dezentralisierung mit gewählten Regionalregierungen
- Weitreichende Petitionsrechte für die Bürger

In der Präambel bekennt sich der marokkanische Staat zu seinen multiethnischen Wurzeln, die Sprache der Berber (Amazigh) wird neben Arabisch als zweite offizielle Sprache anerkannt. Viele der 180 Artikel schaffen einen moderneren gesetzlichen Rahmen für das Regierungssystem, abzuwarten bleibt ihre Konkretisierung in den nötigen Durchführungsbestimmungen.

Eine entscheidende Komponente ist die verfassungsmäßige Definition der Rolle des Königs: obwohl die vormalige »Heiligkeit« des Monarchen aus der Verfassung gestrichen wird, bleibt seine religiöse Legitimität als »Führer der Gläubigen« unberührt. Seine Exekutivfunktionen werden weitgehend an den Regierungschef abgetreten, dieser ist nun dem Parlament und letztlich den Wählern zur Rechenschaft verpflichtet und nicht mehr dem König. Obwohl die demokratischen Mechanismen eine signifikante Stärkung erfahren, hat doch der König seine Kompetenzen de facto nicht abgegeben, sondern eher delegiert. Auch die neue Verfassung bewahrt ihm als höchste Instanz im Land im Bedarfsfall ein Eingriffsrecht in alle Verfassungsorgane. An dieser Tatsache kondensiert sich die Kritik der Opponenten – aber genau

diese, über den Konflikten des Landes stehende Instanz gilt bei vielen auch im demokratischen Lager noch immer als unentbehrlich für Marokko.

Das Referendum am 1. Juli verläuft für marokkanische Verhältnisse korrekt und mobilisiert überzeugende 73 % der Wahlberechtigten – in der vergangenen Parlamentswahl 2007 waren es lediglich 37 %. Der Anteil der Ja-Stimmen von 98 % verwundert wenig, da die Opponenten ihre Ablehnung durch Nichtwahl ausdrücken.

»Die Zeit der Gefahr ist vorüber«

Diesem Titel in den marokkanischen Medien würden die arabischen Brüder und Schwestern in vielen Ländern der Region sicherlich vehement widersprechen. Nach einem stürmischen Frühling scheint es im Sommer tatsächlich so, als sei das Land in ruhigeres Fahrwasser gelangt. Allerdings: die für viele unerträglich gewordene soziale Ungerechtigkeit im Land als einem der Hauptgründe für die Proteste bleibt; die sozio-ökonomische Misere weiter Bevölkerungsteile, Arbeitslosigkeit und mangelnde soziale Absicherung wurden von der politischen Reformagenda kaum berührt und keinesfalls gelöst. Die Perspektivlosigkeit der arbeitslosen Jugend bleibt auch nach einer Verfassungsreform bestehen, und mit ihr ein erhebliches Unruhepotential im Land.

Das Lancieren eines politischen Reformprozesses durch den König hat Marokko und ihn selbst vor Umsturz und Gewalt bewahrt. Timing, Tempo und Inhalte waren geschickt und strategisch gewählt: in einer Zeit, in der die arabischen Regime wie Dominosteine zu fallen schienen, in der »die Angst die Seite wechselte« und alles möglich schien, wurden unzufriedene und enttäuschte Protestierer, gesellschaftspolitische Meinungsführer und die Medien in einen rasanten politischen Erneuerungsprozess eingebunden, der sie vollauf beschäftigte. Ergebnis ist eine fortschrittlichere Verfassung mit vielen Neuerungen zumindest auf dem Papier, deren praktische Anwendung sich noch unter Beweis stellen muss. Klar ist, dass die derzeitige Regierung nach den neuen Spielregeln nicht mehr legitimiert ist – sie wurde von König ernannt und nicht vom Parlament gewählt – und daher vorgezogene Neuwahlen notwendig werden. Der Wahltermin bereits im Herbst verspricht, die Politik auch weiterhin in Atem zu halten. Es ist absehbar, dass sich die politische Klasse in solch kurzer Zeit nicht zu erneuern vermag und dem



Wähler das gleiche Personalportfolio zur Abstimmung stellen wird, das ihn bereits in der Vergangenheit frustrierte und dem er sein Vertrauen entzogen hatte. Dass sich alleine durch Neuwahlen eine Aufbruchsstimmung im Land verbreitet, ist hochgradig unwahrscheinlich. Parteien und Politiker sind aufgerufen, sich nun selbstkritisch mit der Vergangenheit auseinandersetzen, mutig neue Wege in die Zukunft zu beschreiben – und den erheblich größeren Handlungsspielraum auszufüllen, den ihnen die neue Verfassung eröffnet hat.

Gleichzeitig gilt es, die in verschiedene Lager gespaltene marokkanische Gesellschaft untereinander auszusöhnen und auch diejenigen, die sich im Laufe der Protestbewegung radikalisierten und gegen alle Mitwirkungsangebote stellten, an der Gestaltung der Zukunft des Landes zu beteiligen. Selbst kompromisslosen Opponenten in Marokko dürfte bei ihrer Positionsbestimmung nicht verborgen bleiben, mit welchen post-revolutionären Problemlagen heute Tunesien und Ägypten zu kämpfen haben, und welche blutige Konsequenzen der Kampf mit einem Regime erwarten lässt, das sich wie in Libyen, Syrien und im Jemen um jeden Preis an die Macht klammert. Die Revolutions-Attraktivität hat angesichts dieser Entwicklungen gegenüber dem nach Jasmin duftenden Frühjahr definitiv abgenommen.



Über den Autor

Ulrich Storck ist Leiter der Landesvertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Rabat.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Hajo Lanz, Leiter, Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika

Tel.: ++49-30-269-35-7426 | Fax: ++49-30-269-35-9233
<http://www.fes.de/international/nahost>

Bestellungen/Kontakt hier:
Simone.Doebbelin@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86872-875-0